

## **Für eine Zeitgeschichte des Militärischen. »Doppeldeutsche« Ansichten zwischen Kontrast und Verflechtung**

Auf den ersten Blick scheint sich ein Band zur deutschen Militärgeschichte gegen einen Trend der Geschichtswissenschaft zu stemmen, der seit Jahren anhält: die transnationale Geschichte. Die Fokussierung, ja Fixierung der Zunft auf die nationale Vergangenheit zu überwinden und das Forschungsfeld über das scheinbar vorgegebene nationalstaatliche Terrain hinaus auszuweiten, gilt als innovativer Pluspunkt dieser Strömung, die längst auch die Militärgeschichte erreicht hat. Schaut man indes genauer hin, handelt es sich nicht um einen Paradigmenwechsel, wie ihn der amerikanische Wissenschaftstheoretiker Thomas S. Kuhn vor nunmehr sechzig Jahren propagiert hat, nicht um eine so grundlegende Veränderung unserer Sicht der Vergangenheit, dass sie als revolutionärer Akt in der Entwicklung der Geschichtswissenschaften begriffen werden kann.<sup>1</sup> Damit ist nicht gemeint, dass überkommene, in sozialen Systemen verankerte Denkweisen so beharrlich sind, dass sich eine grundstürzende Neuorientierung nur schwer durchsetzen kann. Vielmehr geht es darum, was unter transnationaler Geschichte eigentlich zu verstehen ist: keine fundamental neue Methode, sondern ein Instrument der Aufmerksamkeitsverlagerung. Das Forschungsinteresse verschiebt sich auf Ebenen jenseits und zuweilen auch diesseits des Nationalstaats und gilt Verbindungen, Verflechtungen und Überschneidungen, ohne dass jedoch »die Nation« ihre Bedeutung verliert. Vielmehr spielt sie weiterhin eine »relationale Rolle« (Kiran Klaus Patel), weil sich die Forschungsgegenstände der transnationalen Geschichte nicht zuletzt anhand des Nationalen definieren, und sei es durch Abgrenzung. Umgekehrt lässt sich argumentieren, dass sich das Nationale durch das Transnationale konstituiert. Die einschlägigen Untersuchungsinstrumente finden sich in der Werkzeugkiste der Vergleichs- und Verflechtungsgeschichte.

So gesehen steht unser Interesse an einer Militärgeschichte von West- und Ostdeutschland – in Demokratie und Diktatur – nicht in einem Gegensatz zur transnationalen Geschichte, sondern im Einklang mit ihren konstitutiven Elementen. Im Zentrum steht eine »deutsch-deutsche« Militärgeschichte der Nachkriegszeit, die auf eine systematische Weise die Vergangenheit der

---

<sup>1</sup> Thomas S. Kuhn, Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, 24. Aufl., Frankfurt a.M. 2007.

Bundesrepublik und der DDR im Hinblick auf das Militärische gleichermaßen in den Blick nimmt. Uns geht es, mit anderen Worten, um eine integrale deutsche Zeitgeschichte als Militärgeschichte. Die Wahl einer solchen »doppeldeutschen« Forschungsperspektive lässt sich als eine Variante des Vorhabens verstehen, von einer rein nationalgeschichtlichen Betrachtungsweise abzurücken. Für den besonderen Fall der deutschen Nachkriegsgeschichte bedeutet dies nicht zuletzt, ältere Narrative, die um die Dialektik von nationaler Teilung und Vereinigung kreisen, durch eine Geschichte zu ergänzen, die für die Zeit der Existenz zweier deutscher Staaten ihre medial vermittelte wechselseitige Wahrnehmung, den Transfer von Menschen und Ideen und die Interaktionen auf unterschiedlichen Handlungsfeldern in den Vordergrund rückt. So soll der oft beklagte Mangel ein Stück weit behoben werden, dass auch ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung die Militärgeschichte der DDR und der Bundesrepublik weitgehend unverbunden nebeneinanderstehen – was die historische Forschung beider Staaten generell kennzeichnet. Zugleich nimmt diese »doppeldeutsche« Geschichte komparatistische Züge an, wo ausgewählte Aspekte systematisch verglichen werden. Vergleichs- und Verflechtungsgeschichte sind auch hier die Mittel der Wahl.

Für einen deutsch-deutschen Zugriff in diesem Sinn sprechen drei Überlegungen. Erstens: Weil wir es mit zwei unterschiedlichen Staats- und Gesellschaftsordnungen zu tun haben, lohnt sich zum einen der ältere Ansatz des Vergleichs. Dass es eine gemeinsame nationale Vergangenheit bis 1945/49 gab, macht den Vergleich noch spannender. Denn im deutschen Fall ist die Frage besonders reizvoll, ob eine (militärhistorische) Entwicklung auf die spezifische Gesellschaftsordnung oder auf eine historische Pfadabhängigkeit zurückzuführen ist, wenn dieser Pfad bis zur Gründung der beiden Staaten derselbe war. Zum anderen ist es ebenso reizvoll, analog zu den transnationalen Studien nach Verflechtungen im Militärischen Ausschau zu halten, die über politische, soziale und wirtschaftliche Gräben hinwegreichten. Dafür wurden drei Untersuchungsfelder ausgewählt: Repräsentation, Organisation und Tradition, die sogleich zu erläutern sind.

Zweitens können wir sehr wohl eine gegenläufige Tendenz zu transnationaler, globaler Geschichtsschreibung beobachten, die sich diese Methoden zunutze macht. So hat sich in jüngster Zeit das Interesse an einer gesamtdeutschen Zeitgeschichtsschreibung nicht nur am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr verstärkt. Das lässt sich an Tagungen, Publikationen und Forschungsprojekten festmachen.<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup> Die geteilte Nation. Deutsch-deutsche Geschichte 1945–1990. Workshop, DHI London, 1.–2. Juni 2017, vgl. den Tagungsbericht von Victoria Thum: <<https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-7232>> (letzter Zugriff 15.11.2021). Siehe dazu Petra Weber, *Getrennt und doch vereint. Deutsch-deutsche Geschichte 1945–1989/90*, 2. Aufl., Berlin 2020.

Ein drittes Argument resultiert aus der Beobachtung, dass Bundeswehr und NVA als Exponenten der Trennung beider Blöcke für eine Verbindung in der historischen Betrachtung bislang zunächst ungeeignet erschienen. Will man die Lücke füllen, die hier klafft, muss man den Forschungszusammenhang berücksichtigen, in dem wir uns bewegen und zu dem wir beitragen möchten. Der Band nimmt die sicherheits- und militärpolitischen, zivil-militärischen sowie binnen-militärischen Beziehungen im Kontext übergreifender Epochentendenzen in den Blick. Dass der Zeitrahmen die Jahre 1945 bis 1990 umfasst und der Bogen nicht weiter bis in die Gegenwart gezogen wird, hat einen großen Vorteil: Für die letzten dreißig Jahre gibt es noch kein übergreifendes Verständnis, keine eigene Bezeichnung, keine sogenannte Meistererzählung – nicht zuletzt deshalb natürlich, weil wir noch mittendrin stecken. Es ist bislang bloß die Zeit »nach irgendetwas«.<sup>3</sup> Dagegen konzentrieren sich die Autorinnen und Autoren dieses Bandes auf einen Abschnitt unserer Geschichte, der allgemein als abgeschlossen betrachtet wird. Das erleichtert nicht nur den Zugang zu den Archiven. Der zeitliche Abstand ermöglicht auch jene kritische Distanz, aus der Historikerinnen und Historiker die Vergangenheit erst deuten können.

So soll der Band aus dem besonderen Blickwinkel einer Militärgeschichte, die als »erweitert« zu charakterisieren längst entbehrlich ist, einen spezifischen Beitrag zu der Diskussion leisten, die deutsche Zeithistoriker seit etwa einem Jahrzehnt über die umfassende Deutung der Ära zwischen Kriegsende und Wiedervereinigung führen. »Nach dem Boom«, »Das Ende der Zuversicht?«, »Die Anfänge der Gegenwart«: So lauten die Titel einiger einschlägiger Sammelbände, die alle von einer tiefgreifenden Zäsur in den 1970er Jahren ausgehen.<sup>4</sup> Nach dreißig Jahren Nachkriegsboom, Wirtschaftswachstum und Optimismus markierte die erste Ölkrise 1973 den Wendepunkt, nicht nur in der Wirtschaftspolitik. Seither, so lautet das Argument, änderten sich die gesellschaftlichen und staatlichen Ordnungsvorstellungen. Seit diesem Zeitpunkt auch lasse sich die deutsche Geschichte, statt als Nachkriegsgeschichte behandelt zu werden, besser als eine Vorgeschichte der Gegenwart konzipieren. Zuletzt wurde das Jahr 1979 als »Zeitenwende« (Frank Bösch) herausgestellt; die Häufung welt-

---

<sup>3</sup> Paul Nolte, A Different Sort of Neoliberalism? Making Sense of German History Since the 1970s. In: Bulletin of the GHI Washington, DC, Spring 2019, S. 9–25, hier S. 10.

<sup>4</sup> Anselm Doering Manteuffel und Lutz Raphael, Nach dem Boom: Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008; Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte. Hrsg. von Konrad H. Jarausch, Göttingen 2008; Die Anfänge der Gegenwart: Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom. Hrsg. von Morten Reitmayer und Thomas Schlemmer, München 2014. Vgl. auch Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz. Hrsg. von Hermann Wentker und Udo Wengst, Berlin 2008; Asymmetrisch verflochten? Neue Forschungen zur gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte. Hrsg. von Detlev Brunner, Andreas Kötzing und Udo Grashoff, Berlin 2013.

weiter Krisen und Revolutionen hatten auch für Deutschland Folgen, die am Beginn heutiger Herausforderungen standen. Damit verschiebt sich die historische Blickrichtung: von zwei mehr oder weniger souveränen deutschen Staaten auf zwei Staaten, die später eine vereinte Nation sein werden. Andere Historiker spannen den Bogen von 1970 aus weiter zurück. Ulrich Herbert spricht in seiner »Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert« vom Ende der Hochmoderne, die ihren Ausgangspunkt im späten Kaiserreich hatte.<sup>5</sup> (Dass die Synthese Christoph Kleßmanns, des Nestors einer deutsch-deutschen Geschichte, 1970 endet, liegt natürlich daran, dass sie erstmals 1988 erschienen ist.)<sup>6</sup> In diesem aktuellen Forschungszusammenhang sind die Beiträge dieses Bandes zu lesen.

Eines fällt nämlich auf: Militärgeschichtliche Aspekte spielen in den vielen Einzelstudien zur deutsch-deutschen Geschichte bislang so gut wie keine Rolle. Sozialsysteme, Umweltbewegungen, Sport, auch das Sandmännchen Ost und West sind Themen – die Streitkräfte sucht man jedoch vergebens. Das überrascht umso mehr, als das Risiko eines militärischen Großkonflikts, eines Atomkriegs womöglich, nicht nur die außen- und sicherheitspolitische Lage geprägt hat, sondern auch das Leben von Millionen Menschen. In jüngster Zeit beschreiben Historiker diesen »Kalten Krieg« als einen Konflikt, der das Denken im Alltag geformt und durch Imagination Gestalt gewonnen hat.<sup>7</sup> Nicht zuletzt für die militärische Situation lässt sich eine Beobachtung bestätigen, mit der die integrale, deutsch-deutsche Geschichte unter anderem begründet wird. Frank Bösch etwa nimmt zu Recht an, dass die skizzierte Zäsur zu blockübergreifenden Entwicklungen geführt hat, auf die beide Staaten entsprechend reagieren mussten.<sup>8</sup> Das gilt im nuklearen Zeitalter allemal für die Organisation der Streitkräfte, die Rüstung und das zivil-militärische Verhältnis. Ein deutsch-deutscher Zugriff scheint daher vielversprechend.

Er geht auch über die älteren Konzepte »Westernisierung« und »Sowjetisierung« hinaus, die den Transfer von Ideen und Werten vor allem aus den Vereinigten

---

<sup>5</sup> Ulrich Herbert, *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2014; Ulrich Herbert, *Europe in High Modernity: Reflections on a Theory of the 20th Century*. In: *Journal of Modern European History*, 5 (2007), 5–20.

<sup>6</sup> Christoph Kleßmann, *Zwei Staaten, eine Nation*. *Deutsche Geschichte 1955–1970*, Göttingen 1988.

<sup>7</sup> *Understanding the Imaginary War: Culture, Thought and Nuclear Conflict, 1945–90*. Ed. by Matthew Grant and Benjamin Ziemann, Manchester 2016 (= *Cultural History of Modern War*).

<sup>8</sup> Vgl. Frank Bösch, *Geteilte Geschichte. Plädoyer für eine deutsch-deutsche Perspektive auf die jüngere Zeitgeschichte*. In: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History*, 12 (2015), S. 98–114; *Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000*. Hrsg. von Frank Bösch, Göttingen 2015 (engl. New York, Oxford 2018), sowie *Internationale Solidarität. Globales Engagement in der Bundesrepublik und der DDR*. Hrsg. von Frank Bösch, Caroline Moine und Stefanie Senger, Göttingen 2018.

Staaten und der UdSSR in die europäischen Nachkriegsgesellschaften bezeichnen. Freilich sollen die beiden deutschen Staaten nicht isoliert betrachtet werden, als hätten sie sich weitgehend autonom entwickelt. Nichts könnte gerade im Hinblick auf die Streitkräfte irreführender sein. Wenn wir deshalb die deutsch-deutsche Militärgeschichte in einen europäischen Kontext stellen, dann wollen wir diesen Verbindungen Rechnung tragen, die es nicht nur international, auf staatspolitischer Ebene, sondern auch jenseits und diesseits nationalstaatlicher Grenzen gegeben hat.<sup>9</sup> Militärische Entwicklungen haben weder im Osten noch im Westen an den Staatsgrenzen haltgemacht. Die Bündnispartner innerhalb der Militärbündnisse hatten einander ebenso im Blick wie den potenziellen Gegner auf der anderen Seite des »Eisernen Vorhangs«. Viele Probleme und Entwicklungen der Militärgeschichte lassen sich nicht in einem nationalen Rahmen deuten, weil sie weit darüber hinausreichen.

Vor diesem Hintergrund lohnt es sich, nicht nur einzelne Aspekte des Themas zu diskutieren, sondern immer auch eine Leitfrage für die Wahl der Einzelthemen: Wie lässt sich eine deutsch-deutsche Militärgeschichte trotz der konträren Ordnungsmodelle – Demokratie hier, Diktatur dort – sinnvoll konzipieren? Diese Frage lässt sich auf zwei Ebenen diskutieren: Zum einen ist inhaltlich zu klären, für welche militärgeschichtlich relevanten Bereiche es zweckmäßig ist, die Vergangenheit gemeinsam in den Blick zu nehmen, statt sich auf eine Seite zu konzentrieren und damit die genetische Dimension, die spezifische Entwicklung in West- oder Ostdeutschland, viel stärker zu berücksichtigen. Zum anderen stand und steht auch immer die eher geschichtspolitische Frage im Raum, wie man die Geschichten von Demokratie und Diktatur in einem Atemzug erzählen kann, ohne einen gleich großen Abstand herzustellen und so die SED-Herrschaft zu relativieren. So kann der Band gegenwärtige zeitgeschichtliche Forschungstendenzen auf das Militärische beziehen, die Relevanz militärhistorischer Fragen auf diesen Feldern unterstreichen und zu der übergeordneten Debatte der Zeitgeschichte etwas beisteuern. Anders gesagt soll die hier vorgeschlagene deutsch-deutsche Militärgeschichte *inhaltlich und methodisch* zu den laufenden Debatten der Zeitgeschichte beitragen.

Die Frage nach der Konzeption einer Zeitgeschichte des Militärischen beider deutscher Staaten stellt eine Herausforderung dar. Zwar hat die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR in eine historische Sackgasse geführt. Doch wie sich im Rückblick nach dreißig Jahren besonders deutlich zeigt, wäre es zu kurz gegriffen, die Vergangenheit der DDR als eine »Fußnote« der

---

<sup>9</sup> Vgl. die Synthese von Andreas Wirsching, *Der Preis der Freiheit: Geschichte Europas in unserer Zeit*, München, 2012. Zur Militärgeschichte: *Geschichte ohne Grenzen? Europäische Dimensionen einer Militärgeschichte vom 19. Jahrhundert bis heute*. Hrsg. im Auftrag des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr von Jörg Echternkamp und Hans-Hubertus Mack, München 2017.

deutschen Geschichte abzutun<sup>10</sup> – zu sehr reichen die wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Auswirkungen über 1989/90 hinaus. Unabhängig von einem genuinen Interesse an der Geschichte des ostdeutschen Staates lohnt es sich daher, die DDR aus dem genannten Blickwinkel einer problemorientierten Vorgeschichte der Gegenwart historiografisch zu berücksichtigen. Das ältere Erkenntnisinteresse, die Bundesrepublik in der *longue durée* der deutschen Geschichte einzuordnen und Lehren aus der Zeit zwischen 1933 und 1945 zu ziehen,<sup>11</sup> reicht spätestens seit der Wiedervereinigung nicht mehr aus, in deren Zuge die Geschichten der Bundesrepublik und der DDR in einem deutschen Staat relevant wurden. Sie ist auch historiografisch unzureichend, weil sie Westdeutschland als einen isolierten Betrachtungsgegenstand versteht. Arbeiten zur deutsch-deutschen Geschichte, die sich an Kleßmanns Vorschlag einer »asymmetrisch verflochtene[n] Parallelgeschichte« beider deutscher Staaten anlehnen, haben jedoch gezeigt, dass sich mit dem Aufbrechen einer einzelstaatlichen Perspektive neue Erkenntnisse generieren lassen.<sup>12</sup> In einer Erweiterung dieser »Parallelgeschichte« wäre auch der europäische und globale Rahmen zu berücksichtigen. Hier lassen sich für die Zeit des »Kalten Krieges« zahlreiche Wechselwirkungen zwischen der lokalen Mikro-, der staatlichen Meso- und der kontinentalen und globalen Makroebene ausmachen.

Die Bedeutung dieser Ebenen unterstreichen vier Beiträge des Bandes, die grundlegend und mit Beispielen versehen in das Thema einführen. *Mark Kramer* beleuchtet die Rolle der Bündnisse und verweist auf die wesentlichen Unterschiede zwischen NATO und Warschauer Vertragsorganisation (WVO). Während die NATO für die Verteidigung nach außen konzipiert war, nach demokratischen Grundsätzen funktionierte und ein von den Mitgliedstaaten grundsätzlich gewünschtes Bündnis darstellte, war die WVO gänzlich anders strukturiert. Das östliche Bündnis war ein Instrument sowjetischer Machtdurchsetzung, das auch innerhalb seines Geltungsbereichs Gewalt ausübte,

<sup>10</sup> Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd 5: Bundesrepublik und DDR 1949–1990, München 2008, S. XV. Vgl. kritisch: Stefan Kreuzberger, Dominik Geppert and Dierk Hoffmann, *How to Write the History of a Divided Nation? Germany, 1945–1990*. In: *German Historical Institute Bulletin*, 41 (2019), 1, S. 3–18, S. 9; Gabriele Metzler, *Der Staat der Historiker. Staatsvorstellungen deutscher Historiker seit 1945*, Berlin 2018.

<sup>11</sup> Peter Graf Kielmansegg, *Konzeptionelle Überlegungen zur Geschichte des geteilten Deutschlands*. In: *Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien*, 2001, Nr. 23/24, S. 7–15, S. 13. Diese Annahme prägt die Darstellung von Peter Graf Kielmansegg, *Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland*, Berlin 2000 (= *Die Deutschen und ihre Nation*, 7).

<sup>12</sup> Zu diesem häufig zitierten, aber selten korrekt belegten Zitat vgl. Hanno Hochmuth, *Eine Brücke zwischen Ost und West. Friedrichshain und Kreuzberg als Verflechtungsraum*. In: *Asymmetrisch verflochten? (wie Anm. 4)*, S. 195–208, S. 195.

wenn es der Aufrechterhaltung der sozialistischen Regime von Moskaus Gnaden diene. Wenngleich sich Rumänien einige Freiräume erringen konnte und Albanien 1968 austrat,<sup>13</sup> war die Frage der Mitgliedschaft letztlich – anders als in der NATO, wo beispielsweise Frankreich sich 1966 aus der militärischen Organisation zurückzog – nicht verhandelbar. Hier wird deutlich, wie unterschiedlich die Rahmenbedingungen ausfielen, in denen die deutschen Staaten in ihrem jeweiligen Bündnisystem agierten.<sup>14</sup>

Während auf Bündnisebene das Trennende hervortrat, gab es zwischen Ost und West zahlreiche Interaktionen – und das insbesondere in Europa, wie *Sari Autio-Saraso* betont. Entgegen der landläufigen Sichtweise, der »Eiserne Vorhang« sei undurchdringbar gewesen, nimmt die neuere Forschung einen Perspektivwechsel vor. Anstatt die Teilung zu betonen, analysiert der Beitrag Transfers und Wechselwirkungen auf der staatlichen Meso- und unternehmerischen Mikroebene. Am Beispiel des Technologiehandels zwischen dem neutralen Finnland, der Bundesrepublik und der Sowjetunion wird deutlich, dass einzelne Staaten und Firmen zuweilen mehr Handlungsspielräume besaßen, als es aus der Perspektive der globalen Blockkonfrontation zunächst den Anschein haben mochte.

Dass Bundesrepublik und DDR keine hermetisch voneinander abgeschlossenen Gebilde waren, verdeutlicht auch *Hermann Wentker*. Er verweist auf die Kontakte, wechselseitigen Wahrnehmungen und übergreifenden Problemlagen und Gemeinsamkeiten, macht zugleich allerdings deutlich, dass zwischen Demokratie und Diktatur fundamentale Unterschiede bestanden. Diese komplexe Ausgangslage stellt eine besondere Herausforderung für eine »doppeldeutsche« (Militär-)Geschichte dar, verspricht jedoch zugleich besonderen Erkenntnisgewinn.

*Dominik Geppert* führt diese Überlegungen zur deutsch-deutschen Historiografie fort und wendet sie auf das Fallbeispiel der Hauptstadtarchitektur an, die er im Rahmen einer politischen Geschichte analysiert und in das Paradigma der Modernität bzw. Modernisierung einordnet. Anhand städtischer Topografien und Bauformen in Bonn und Ost-Berlin zeigt der Autor, wie sehr Teilung, Abgrenzungsbestrebungen und die Suche nach (neuen) Traditionen das Bauen in den deutschen Regierungsvierteln bestimmten. Das Militärische blieb dabei,

---

<sup>13</sup> Vgl. Sozialistische Waffenbrüder? Rumänien und die DDR im Warschauer Pakt. Hrsg. von Jörg Echternkamp, Potsdam 2020 (= Potsdamer Schriften des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 31).

<sup>14</sup> Siehe dazu Christoph Nübel, Einführung. In: Dokumente zur deutschen Militärgeschichte. Bundesrepublik und DDR im Ost-West-Konflikt. Im Auftrag des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr hrsg. von Christoph Nübel, 2. Aufl., Berlin 2020 (= Deutsch-deutsche Militärgeschichte, 1), S. 1–44, S. 10–22.



teils eher implizit, durchaus präsent. Während die neuen Ministerien in Bonn zunächst in ehemaligen Kasernen untergebracht wurden, plante man in Ost-Berlin breite Straßen und ausladende Plätze mit ein, die auch für Militärparaden genutzt wurden.

Insgesamt machen diese vier Beiträge deutlich, wie vielfältig Ost und West in Abgrenzung verflochten waren, wie sehr Mikro-, Meso- und Makroebene miteinander interagierten und welche ambivalente Rolle das Militärische dabei spielte. Ein eindrückliches Beispiel dafür sind Nuklearwaffen, in denen viele Zeitgenossen eine Bedrohung erkannten, die nicht mehr nur einzelne Staaten, sondern die ganze »Menschheit« betraf. Karl Jaspers wies 1958 auf die durch die Atombombe entstandene übergreifende Gefährdungslage hin und erkannte eine »Situation«, »in der die Geschichte der Menschheit zu der nicht mehr nur geistigen, sondern realen Krise kommt, aus der der Untergang der Menschheit hervorgehen wird oder eine neue Wirklichkeit des Menschseins selbst«.<sup>15</sup> Die Hoffnung des Philosophen, dass aus der Krise etwas existenziell Neues hervorgehen möge, erfüllte sich nicht. Die Welt entging glücklicherweise ihrer Vernichtung durch einen Atomkrieg, wiewohl ein solches Szenario beispielsweise während der Kubakrise in den Bereich des Möglichen rückte.

Atomwaffen wurden zu Symbolen, die die Gefährlichkeit des Ost-West-Konflikts verdeutlichten. Nicht zuletzt deshalb gerieten sie immer wieder zum Kristallisationspunkt sozialen Protests. Hieran lässt sich zugleich ein wesentlicher Unterschied zwischen der Bundesrepublik und der DDR festmachen: Während es westlich des »Eisernen Vorhangs« immer wieder zu militärkritischen Demonstrationen kam – am bekanntesten sind sicherlich die großen Versammlungen im Gefolge des NATO-Doppelbeschlusses 1979 –, war dies östlich davon nicht der Fall. Offene Kritik an der Stationierungspolitik der Atomkräfte oder an den hochgerüsteten Militärarsenalen konnte in der DDR zunächst nicht geäußert werden. Erst in den 1980er Jahren etablierte sich dort eine Bewegung, die sich organisatorisch auf die Kirche stützte und sich thematisch zunächst gegen den 1978 verbindlich an den Schulen eingeführten Wehrunterricht wandte.

Auch im Westen war bekannt, dass dem Protest im Sozialismus enge, teils unüberwindbare Grenzen gesetzt waren. Daran knüpften die westdeutschen Streitkräfte sogar buchstäblich an. Als sich im April 1961 einer der ersten Ostermärsche der bundesrepublikanischen Geschichte in der Nähe des Truppenübungsplatzes Bergen-Hohne formierte, versuchte die Bundeswehr, die Veranstaltung zu beeinflussen. Verdeckt ließ sie Handzettel und Plakate mit Botschaften verteilen, die den Protest in ihrem Sinne lenken sollten. Die Teilnehmer wurden aufgefordert: »Marschier weiter zu den 20 sowjetischen

---

<sup>15</sup> Karl Jaspers, *Die Atombombe und die Zukunft des Menschen. Politisches Bewußtsein in unserer Zeit*, München 1958, S. 252.



Raketenbasen in der SBZ!« Mit diesem Slogan sollte nicht nur deutlich werden, dass auch im Osten gerüstet wurde, sondern auch, dass die aus Bonner Sicht illegitime Regierung der Sowjetischen Besatzungszone eine scharf bewachte Grenzlinie geschaffen hatte, die nur unter Lebensgefahr zu queren war. Auf diese Weise versuchte die Bundeswehr, jene »prokommunistische [...] Propaganda« zu diskreditieren, die man in der Ostermarschbewegung zu erkennen glaubte.<sup>16</sup> Auch während der Unruhen um »1968« und der Proteste gegen die Stationierung amerikanischer Atomraketen in den 1980ern befürchteten westliche Politiker und Militärs, der Osten werde versuchen, die Proteste zu instrumentalisieren. Tatsächlich initiierte die SED Propagandakampagnen und ließ Teilen der Aktivisten finanzielle Unterstützung angedeihen.<sup>17</sup>

Dieses Beispiel zeigt, dass sich mit einem In-Beziehung-Setzen der beiden deutschen Staaten strukturelle Ähnlichkeiten, zentrale Bezüge und wesentliche Unterschiede herausarbeiten lassen. Zugleich wird deutlich, wie groß die Herausforderung ist, zwei so unterschiedliche Staaten, die sich in einer »ungleichen Systemkonkurrenz«<sup>18</sup> gegenüberstanden, gleichzeitig analytisch einzufangen. Tatsächlich mag der Vergleich einer »Demokratie« mit einer »Diktatur« zunächst unangemessen und schief erscheinen. Die neuere Forschung hat die Eindeutigkeit der Begriffe, mit denen Bundesrepublik und DDR lange Zeit charakterisiert wurden, mittlerweile hinterfragt. Vor diesem Hintergrund hat Andrew Port die provokative Frage gestellt, ob die DDR tatsächlich repressiver war als die Bundesrepublik, blickt man beispielsweise auf ihren Umgang mit Homosexuellen. Sie wurden im Westen lange marginalisiert und benachteiligt – auch im Militär.<sup>19</sup>

Tatsächlich wird die Geschichte der Bundesrepublik, die zunächst als »ausgebliebene Katastrophe«, dann als »geglückte Demokratie« gedeutet wurde, in der historischen Forschung zunehmend in düsteren Farben gemalt.<sup>20</sup> Beispielsweise

---

<sup>16</sup> Bericht Wehrbereichskommando II, 19.4.1961. In: Dokumente zur deutschen Militärgeschichte (wie Anm. 14), Dok. 59.

<sup>17</sup> Frank Bösch, *Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann*, München 2020, S. 259. Als Überblick siehe: Philipp Gassert, *Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945*, Stuttgart 2018.

<sup>18</sup> Weber, *Getrennt und doch vereint* (wie Anm. 2), S. 300.

<sup>19</sup> Andrew I. Port, *The Banalities of East German Historiography*. In: *Becoming East German: Socialist Structures and Sensibilities after Hitler*. Ed. by Mary Fulbrook and Andrew I. Port, New York 2013 (= Spektrum, 6), S. 1–30, S. 21 f. Vgl. Klaus Storkmann, *Tabu und Toleranz. Der Umgang mit Homosexualität in der Bundeswehr 1955 bis 2021*, Potsdam 2021.

<sup>20</sup> So die zum Schlagwort gewordenen Titel der Arbeiten von Hans-Peter Schwarz, *Die ausgebliebene Katastrophe. Eine Problemskizze zur Geschichte der Bundesrepublik*. In: *Den Staat denken. Theodor Eschenburg zum Fünfundachtzigsten*. Hrsg. von Hermann Rudolph, Berlin 1990, S. 151–174; Edgar Wolfrum, *Die glückliche Demokratie*.

hat die Forschung zu den obersten Bundesbehörden die ausgeprägten personellen Kontinuitäten zwischen Nationalsozialismus und Bundesrepublik betont, was freilich schon 1980 als »folgenschwerer Geburtsmakel« getadelt wurde.<sup>21</sup> So waren 1953 im Bundesministerium des Innern 61 Prozent des leitenden Personals ehemalige NSDAP-Mitglieder – ein Wert, der in den folgenden Jahren sogar noch anstieg.<sup>22</sup> Damit stellte das Innenministerium keinen Sonder-, sondern eher einen Normalfall unter den Bundesministerien dar. Wenngleich die Zahl ehemaliger »Nazis« nicht per se auf eine antidemokratische Grundhaltung in den obersten Bundesbehörden verweist,<sup>23</sup> so kann sie doch problematische Kontinuitäten in der politischen Praxis erklären. Im Bundeskriminalamt beispielsweise wurden während der Phase des RAF-Terrors in den 1970er Jahren Muster des Partisanenkampfes des Zweiten Weltkrieges aufgegriffen. Auch in der Zivilverteidigung erlebten Konzepte aus der Zeit des Nationalsozialismus eine Renaissance.<sup>24</sup>

Nicht nur im zivilen Bereich, auch beim Militär waren personelle Kontinuitäten mit der Hand zu greifen. 1959 taten 14 900 kriegsgediente ehemalige Wehrmachtsoffiziere Dienst in der Bundeswehr. Daraus ziehen manche Forscher den Schluss, dass dies zu einer Übernahme »apologetischer Traditionen« geführt

---

Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006.

- <sup>21</sup> Beispielsweise von Karl-Heinz Hansen (SPD), einer der wenigen Bundestagsabgeordneten, die sich für eine kritische Auseinandersetzung mit dem politischen Personal Bonns engagierten: Soldaten und Demokraten, *Der Spiegel*, 7.7.1980, S. 38 f., Zitat S. 38. Vgl. zuletzt Frieder Günther, Verfassung vergeht, Verwaltung besteht? Die vier deutschen Innenministerien 1919 bis 1970. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 68 (2020), 2, S. 217–246.
- <sup>22</sup> Stefanie Palm und Irina Stange, Vergangenheiten und Prägungen des Personals des Bundesinnenministeriums. In: Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus. Hrsg. von Frank Bösch und Andreas Wirsching, Göttingen 2018 (= Veröffentlichungen zur Geschichte der deutschen Innenministerien nach 1945, 1), S. 122–181, S. 125.
- <sup>23</sup> Zur Kritik an einer Forschung, die »Belastung« aus der Parteimitgliedschaft ableitet, Sören Eden, Henry Marx und Ulrike Schulz, Ganz normale Verwaltungen? Methodische Überlegungen zum Verhältnis von Individuum und Organisation am Beispiel des Reichsarbeitsministeriums 1919 bis 1945. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 66 (2018), 3, S. 487–520.
- <sup>24</sup> Stefan Kreuzberger und Dominik Geppert, Die Ämter und ihre Vergangenheit. Eine Zwischenbilanz. In: Die Ämter und ihre Vergangenheit. Ministerien und Behörden im geteilten Deutschland 1949–1972. Hrsg. von Stefan Kreuzberger und Dominik Geppert, Paderborn [u.a.] 2018 (= Rhöndorfer Gespräche, 28), S. 183–199, S. 192 f.; Martin Diebel, »Die Stunde der Exekutive«. Das Bundesinnenministerium im Konflikt um die Notstandsgesetzgebung 1949–1968, Göttingen 2019 (= Veröffentlichungen zur Geschichte der deutschen Innenministerien nach 1945, 2), S. 130.

hab<sup>25</sup>. Die Einstellung der Soldaten für die Bundeswehr erfolgte gleichwohl nicht vorbehaltlos. Vielmehr wurden ehemalige Offiziere ab dem Dienstgrad Oberst durch den eigens dafür eingerichteten Personalgutachterausschuss geprüft. Von 601 Bewerbern wurden 500 in den Dienst der Bundeswehr übernommen. Für ehemalige Angehörige der (Waffen-)SS und des Sicherheitsdienstes (SD) galt ein besonderer Vorbehalt.<sup>26</sup>

In der DDR wählte man einen anderen Weg. Hier wurden nur wenige Spitzenmilitärs der Wehrmacht in die KVP übernommen. Bereits ein Jahr nach Aufstellung der NVA beschloss das Politische Büro des Zentralkomitees der SED, kurz: das Politbüro, 1957, ehemalige Wehrmachtoffiziere binnen drei Jahren aus dem aktiven Dienst zu entfernen. Auch wenn in der Folge führende Militärs, darunter Generalleutnant Vincenz Müller, aus dem Dienst ausscheiden mussten, betrug der Anteil ehemaliger Wehrmachtoffiziere am Führungspersonal des Ministeriums für Nationale Verteidigung 1959 immerhin noch 14 Prozent.<sup>27</sup> Der militärische Elitenaustausch verlief schleppender, als es die SED ursprünglich vorgesehen hatte. Insgesamt jedoch taten in der DDR deutlich weniger Spitzenkräfte aus der Wehrmacht Dienst, als das in der Bundesrepublik der Fall war. Ob an Verbrechen beteiligt oder nicht, galten sie nicht zuletzt als Sicherheitsproblem; sie wurden von Soldaten mit dem gewünschten Stallgeruch ersetzt, wozu vor allem Arbeiter und ehemalige KPD-Mitglieder zählten. Die Folge war eine erhebliche militärische Entprofessionalisierung, die als Preis für die gewünschte ideologische Standfestigkeit der Militärführung entrichtet wurde. Diese Linie entsprach auch dem offiziellen Kurs der DDR, sich in Abgrenzung zur Bundesrepublik als antifaschistischen Staat darzustellen, der mit der nationalsozialistischen Vergangenheit konsequent gebrochen habe.

---

<sup>25</sup> Norbert Frei, *Hitlers Eliten nach 1945 – eine Bilanz*. In: *Karrieren im Zwielicht. Hitlers Eliten nach 1945*. Hrsg. von Norbert Frei, Frankfurt a.M., New York 2001, S. 303–335, S. 319. So auch Detlef Bald, *Die Bundeswehr. Eine kritische Geschichte*, München 2005, S. 12, 50 f., 60 f. Die Zahlenangabe nach Frank Pauli, *Wehrmachtoffiziere in der Bundeswehr. Das kriegsgediente Offizierkorps der Bundeswehr und die Innere Führung 1955 bis 1970*, Paderborn [u.a.] 2010, S. 17 (dort auch eine kritische Einordnung der Forschung).

<sup>26</sup> Hans-Jürgen Rautenberg, *Zur Standortbestimmung für künftige deutsche Streitkräfte*. In: *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956*. Bd 1: *Von der Kapitulation bis zum Plevan-Plan*. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, München, Wien 1982, S. 737–879, S. 795. Andere Zahlen nennt Sönke Neitzel, *Deutsche Krieger. Vom Kaiserreich zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte*, Berlin 2020, S. 254.

<sup>27</sup> Zahlen bei Daniel Niemetz, *Das feldgraue Erbe. Die Wehrmachteinflüsse im Militär der SBZ/DDR*, Berlin 2006 (= *Militärgeschichte der DDR*, 13), S. 208. Der Beschluss des Politbüros vom 15.2.1957 ist abgedruckt in: *Dokumente zur deutschen Militärgeschichte* (wie Anm. 14), Dok. 47.